

Energie 2.0 - Die grünen Maßnahmen bis 2020

Broschüre 16/86

Wirksamer Klimaschutz ist das Gebot der Stunde und eine globale Herausforderung. Die Art und Weise, wie wir produzieren, transportieren, wohnen und leben, müssen wir grundlegend ändern. Deutschland ist eines der bedeutendsten Industrieländer und gleichzeitig einer der größten Energieverbraucher weltweit. Wir stehen in der Verantwortung, mit gutem Beispiel voranzugehen und Vorreiter einer klimagerechten Lebens- und Wirtschaftsweise zu sein.

Als Grüne verfolgen wir das ehrgeizige Ziel, die Erderwärmung auf höchstens 2 Grad zu begrenzen, um die schlimmsten Folgen einzudämmen. Dafür muss bis 2050 die CO₂-Produktion in den Industriestaaten um 80 Prozent reduziert werden, so sagt es uns die internationale Wissenschaft. Jetzt steht ein drastischer Umbau der Energieversorgung an. Er muss bis 2020 eine CO₂-Reduzierung um mindestens 40 Prozent gegenüber 1990 erbringen.

Über Klimaziele wird derzeit viel geredet. Nur fehlen die Taten, gerade von Seiten der Bundesregierung. Die Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun ein schlüssiges, zukunftsweisendes Energiekonzept vorgelegt. Es verknüpft die Analyse mit der Anleitung zum praktischen Handeln. Konkrete Maßnahmen zeigen, wie 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 realistisch zu erreichen sind, ohne den Atomausstieg in Frage zu stellen und ohne Neubau von Kohlekraftwerken. Dafür werden Anforderungen an alle gestellt – Wirtschaft und Industrie, Haushalte, Gewerbe und Verkehr.

In die Zukunft investieren

Der ambitionierte Plan beinhaltet eine klare Zielstellung für die Wirtschaft. Sie muss Kreativität und technologische Innovation auf die „Zielmarke 2020“ konzentrieren. Das nützt nicht nur dem Klima, es sichert zugleich Zukunftsmärkte und schafft neue Arbeitsplätze.

Entschlossenes Handeln ist gefragt, auch um die ökonomischen Folgen der Klimaveränderung abzufedern. Denn steigende Erdöl- und Erdgaspreise werden die privaten und öffentlichen Haushalte künftig noch weit stärker belasten. Eine abwartende Haltung würde die Volkswirtschaften teuer zu stehen kommen. Wenn wir nichts tun, wird es vor allem die sozial Schwachen hart treffen. Die zu erwartenden Zahlungen an Einkommensschwache gingen zu Lasten der öffentlichen Haushalte.

Auch unsere Vorschläge werden sich im Portemonnaie der BürgerInnen bemerkbar machen. Förderprogramme oder steuerliche Maßnahmen sollen die finanziellen Belastungen abfedern. Die öffentliche Hand muss ebenfalls mit Mehrausgaben rechnen. Dennoch: Unser Maßnahmenpaket ist eine notwendige Investition in die Zukunft, die sich auf lange Sicht auszahlt. Es weist Auswege aus der Spirale steigender Erdöl- und Erdgaspreise. Und damit trägt es auch dazu bei, die zunehmenden Konflikte um Ressourcen zu entschärfen. Denn jede eingesparte Kilowattstunde senkt den Energiebedarf. Sonnenstrahlen und Wind stehen praktisch unbegrenzt und kostenlos zur Verfügung. Und technische Innovationen werden die Kosten für die Energieeinsparung und die Nutzung erneuerbarer Energien weiter senken.

Die drei E's

Unser Energiekonzept umfasst die wichtigen Sektoren: Strom, Wärme und Verkehr. Bei allen liegt die Zukunft in den drei großen E's: Energieeffizienz, erneuerbare Energien und Energieeinsparung. Die Energiewende – beim Strom bereits eingeleitet – muss auch auf dem Wärmemarkt und beim Verkehr Platz greifen. Mit gezielten Forschungs- und Bildungsoffensiven wollen wir für die notwendigen Innovationen sorgen. Zusätzliche Möglichkeiten zum Klimaschutz bieten sich in der Landwirtschaft und der Waldpolitik. Dafür werden wir gesonderte Konzepte vorlegen.

Das grüne Energieprogramm verbindet Versorgungssicherheit und Klimaschutz. Wie kann eine zuverlässige Energieversorgung gewährleistet werden? Eine Antwort auf diese Frage findet man nicht in – längst zur Neige gehenden – Erdöl- und Erdgasfeldern, Kohle- oder Urangruben. Auch der Anspruch an eine sichere Versorgung führt unweigerlich zum sparsamen und effizienten Einsatz erneuerbarer Energien.

Wir stellen die Weichen für einen schnellen Umbau. Einige Maßnahmen werden unsere Erwartungen übertreffen, andere entfalten ihr Potenzial womöglich erst nach 2020. Aber 40 Prozent CO₂-Reduktion sind ein realistisches Ziel. Die Rahmenbedingungen müssen allerdings schnell geschaffen werden. Dazu muss Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe werden – für die politische Führung.

Unser Energiekonzept 2.0 im Überblick

Strom: Einsparungspotenzial von 115 Millionen Tonnen CO₂

- Effizienzpaket Strom: Dynamisierung der Effizienzstandards und der Kennzeichnung, Einführung eines Stromsparfonds.
- Mehr erneuerbare Energien durch Optimierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG), ein Biogaseinspeisegesetz.
- Anstelle bisheriger Stromimporte aus fossilen und atomaren Quellen: Importkonzept für erneuerbare Energien als Kooperationsangebot für Drittländer auf Grundlage klarer Nachhaltigkeitskriterien.

Durch Einsparung und verbesserte Energieeffizienz werden mindestens 45 Millionen Tonnen CO₂ vermieden, durch erneuerbare Energien mindestens 70 Millionen Tonnen CO₂. Dieses Ziel ist ohne Stromimport erreichbar.

Wärme: Einsparungspotenzial von 115 Millionen Tonnen CO₂

- Deutliche Verschärfung der jetzigen Energieeinsparverordnung (EnEV), Kontrolle der Maßnahmen, gezielte Verbesserung des KfW-Gebäudesanierungsprogramms, neues Förderprogramm für die Verbesserung und Optimierung der technischen Gebäudeausstattung, ein aussagekräftiger Energieausweis und ein Rechtsanspruch für GebäudenutzerInnen auf die Einhaltung der aktuellen Energiestandards.
- Stärkere Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK).
- Einführung eines Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetzes (EEW).

Durch Energieeinsparung werden im Wärmebereich mindestens 30 Millionen Tonnen CO₂ eingespart, durch erneuerbare Energien und KWK mindestens 85 Millionen Tonnen CO₂.

Verkehrsbereich: Einsparungspotenzial von 50 Millionen Tonnen CO₂

- Verkehrsvermeidung und -verlagerung: Förderung von ÖPNV, Fuß- und Radverkehr sowie von nachhaltigen Logistikkonzepten im gewerblichen Bereich.
- Effizienzsteigerung: CO₂-Grenzwerte von 120g/km ab 2012, Umwandlung der KFZ-Steuer in eine CO₂-Steuer, Ausweitung der LKW-Maut, Tempolimit.
- Vorfahrt für klimaneutrale Antriebe: eine Million Elektrofahrzeuge (inkl. Plug-In-Hybride), nachhaltigkeitsgeprüfte Biotreibstoffe, Wettbewerbsvorteile für klimaschädlichen Verkehr abschaffen.

Durch Verkehrsvermeidung und -verlagerung sowie Effizienzsteigerung werden im Verkehrsbereich mindestens 35 Millionen Tonnen CO₂ vermieden und durch den Einsatz erneuerbarer Energien mindestens 15 Millionen Tonnen CO₂.

Primärenergie oder Endenergie – wie Stromkonzerne die Bedeutung von Atomkraft und Kohle überhöhen

Die Energiewirtschaft arbeitet gern mit Angaben über die Primärenergieerzeugung. Dass bis zu 70 Prozent der erzeugten Energie ungenutzt an die Umwelt abgegeben wird, verschweigt sie. Stattdessen rechnet sie die gesamte verschwendete Abwärme ineffizienter Kraftwerke in deren Leistung mit hinein. Kohle und Atomkraft erscheinen so unverzichtbar.

Tatsächlich geht es aber um die Endenergie. Wir rechnen daher mit der Energie, die tatsächlich bereitgestellt wird, und dem wirklichen Anteil der einzelnen Energieträger an der Bedarfsdeckung.

CO2-Reduktion: grünes Maßnahmenpaket bis 2020

40 Prozent gegenüber 1990 – dazu müssen wir in Deutschland noch 240 Millionen Tonnen Kohlendioxid einsparen. Unser Programm ist gut für 280 Millionen Tonnen – ohne Atomkraft und auch ohne den Bau neuer Kohlekraftwerke.

Alle Register für den Klimaschutz

Die Tür zum Solarzeitalter haben Bündnis 90/Die Grünen bereits aufgestoßen: Mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), dem Ausstieg aus der Atomenergie, der Ökosteuer und dem Einstieg in das Europäische Emissionshandelssystem. Damit ist Deutschland in wenigen Jahren zum globalen Vorreiter für Wind- und Solarenergie geworden. Im Export erneuerbarer Energietechnologien haben wir es zum Weltmeister gebracht. Das EEG ist weltweit das Modell zur Förderung erneuerbarer Energien. Und auch der Arbeitsmarkt profitiert davon: Mittlerweile arbeiten mit 215.000 Beschäftigten bereits sechs Mal so viele Menschen im Bereich erneuerbarer Energien wie im Kohlesektor.

Nach und nach muss der Klimaschutz für alle Sektoren zum Maßstab werden. Ein entscheidender Hebel dafür wird ein stabiler, deutlich spürbarer Preis für die Verschmutzung der Atmosphäre mit CO₂ sein. Dazu haben wir den Emissionshandel eingeführt, jetzt gilt es, ihn klimawirksamer zu machen. U. a. müssen die Privilegien für die bisherige fossile Stromerzeugung oder für den Flugverkehr fallen.

Auch Weichenstellungen wie die ökologische Finanzreform, namentlich die Ökosteuer und die Streichung ökologisch schädlicher Subventionen, wollen wir weiterentwickeln.

Dezentral

Die Zukunft unserer Energieversorgung liegt in dezentralen, kleinen Erzeugungseinheiten. Sie produzieren den Strom verbrauchsnahe. Erneuerbare Energien lassen sich einfach integrieren, die Netzverluste bleiben gering. Mit dem dezentralen Energiekonzept sind viele Arbeitsplätze und hohe Wertschöpfung verbunden. Insbesondere den ländlichen Räumen und dem Mittelstand in Ost und West kommt das zugute. Vier Energiekonzerne erzeugen zurzeit bundesweit 80 Prozent des Stroms. Gleichzeitig gehört ihnen fast das gesamte Netz. Uns geht es um eine stärkere Entflechtung der Energiewirtschaft. Für mehr Wettbewerb und mehr Transparenz, für die Fortsetzung der Energiewende und für die Stärkung der Verbraucherinteressen.

Zukunftsorientiert

Die deutsche Stromversorgung hat einen enormen Modernisierungsbedarf. In Kraftwerksleistung umgerechnet beträgt er bis 2030 mindestens 50.000 Megawatt. Stillgelegte Atommeiler, überalterte Braun- und Steinkohlekraftwerke müssen ersetzt werden. Nutzen wir den Erneuerungsbedarf für die schrittweise Umstellung auf erneuerbare Energien.

Für eine Übergangszeit können wir auf Gaskraftwerke nicht verzichten. Allerdings lässt sich durch effiziente Kraft-Wärme-Kopplung zugleich Strom und nutzbare Wärme erzeugen. Kohlekraftwerke ohne CO₂-Abscheidung dürfen nicht mehr gebaut werden. Entsprechende Technologien zur CO₂-Abscheidung (CCS) werden jedoch vor 2020 nicht zur Verfügung stehen. Wir schlagen bis dahin ein Kohlemoratorium vor.

Atomfrei

Alles spricht gegen Atomkraft. Zu begrenzt: Der Rohstoff Uran geht zur Neige. Zu riskant: Für die Endlagerung des Atomabfalls gibt es weltweit keine Lösung. Der internationale Terrorismus hat das Unfallrisiko in eine neue Dimension gesteigert. Zu teuer: Allein in Deutschland schätzt man die staatlichen Subventionen mittlerweile auf über 100 Milliarden Euro. Zu ineffizient: AKWs erzeugen Strom mit miserablen Wirkungsgraden von 30 bis 35 Prozent – der Rest der Energie geht ungenutzt verloren.

Für einen spürbaren Klimaeffekt müssten 50 neue AKWs in Deutschland gebaut werden – eine absurde Vorstellung. Es muss beim Atomausstieg bleiben. Auch Laufzeitverlängerungen darf es nicht geben. Sie vergrößern das Unfallrisiko und den Atomabfall. Und sie wirken der notwendigen Erneuerung in der Energieerzeugung entgegen, weil die Konzerne lieber die Reingewinne von 1 Million Euro am Tag für jedes alte, abgeschriebene AKW mitnehmen, als in neue Technologien zu investieren.

Effizient

Wärmen und kühlen – fast 60 Prozent der Endenergie werden für Raum- oder Prozesswärme benötigt. Ein Wärmegesetz für erneuerbare Energien soll hier eine ähnliche Erfolgsgeschichte anstoßen, wie sie bei der Stromerzeugung gelungen ist. Viel zu viel Energie „schmeißen wir zum Fenster hinaus“. Die energetische Gebäudesanierung soll dieser Verschwendung einen Riegel vorschieben. Auch bei der Stromerzeugung wird Wärme in kaum vorstellbarem Maße vergeudet. Ein Grund mehr, um die Kraft-Wärme-Kopplung kräftig anzuschieben.

Konsequent

Im Verkehrssektor ist es höchste Zeit für wirksamen Klimaschutz. Ein Tempolimit auf Autobahnen würde auf einen Schlag mehr bringen als alle bisherigen CO₂-Maßnahmen der Bundesregierung im Verkehrsbereich zusammen. Um verbrauchsarme Autos auf dem Markt durchzusetzen, muss es klare Grenzwerte für die Industrie und wirksame Anreize für die KäuferInnen geben. Innovationen wie Elektrofahrzeuge wollen wir konsequent fördern. Für die umweltfreundliche Bahn wollen wir mehr Chancengleichheit, zum Beispiel gegenüber dem Luftverkehr, eine Investitionsoffensive und mehr Wettbewerb.

Nachhaltig

Bis 2020 muss der Einsatz von Bioenergien im Verkehrssektor erheblich zunehmen. Für eine ökologisch und sozial verträgliche Produktion sollen international verbindliche Standards und Zertifizierungen sorgen. Von heute auf morgen wird das nicht gehen, deshalb nutzt unser Konzept die großen vorhandenen Potenziale nur vorsichtig. Besonders wichtig ist uns, die Biodiversität nicht zu gefährden. Auch setzen wir auf eine umfassende Verwertung der gesamten Pflanze. Wir brauchen umgehend eine Nachhaltigkeitsverordnung für Bioenergien. Ohne nachhaltige Produktion darf es auch keine Förderung nach dem EEG geben.

Innovativ

Zukunftsfähige Energiepolitik lebt von Anreizen für mehr Forschung. Zukunftsträchtige Innovationen brauchen auf dem Weg zur Marktreife Unterstützung. Entwicklungsbedarf gibt es zum Beispiel bei der Leitung und Speicherung elektrischer Energie. Ein weiteres wichtiges Forschungsfeld ist die nachhaltige Nutzung der Meeresenergie.

Solidarisch

Grüne Energieaußenpolitik orientiert sich weg vom Öl und hin zu den Erneuerbaren, zu Energieeffizienz und Energieeinsparung. Sie trägt dazu bei, die Folgen des Klimawandels zu bewältigen, für globale Energiegerechtigkeit zu sorgen, Entwicklung und Frieden weltweit voranzubringen – das lässt sich nur in solidarischem Handeln erreichen.

In Deutschland steigt der Stromverbrauch seit Jahren. Die Hälfte des Verbrauchs entfällt auf die Industrie. Private Haushalte und der Kleingewerbssektor sind für je ein Viertel verantwortlich. Eine Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom Stromverbrauch ist zwar gelungen, die Wirtschaft wächst also deutlich schneller als der Stromverbrauch. Das ist ein erster Erfolg. Doch noch immer legt die Nachfrage nach Strom jährlich um mehr als 0,5 Prozent zu. Wesentliche Einsparungs- und Effizienzpotenziale sind bislang noch ungenutzt. Aber es gibt einen weiteren Lichtblick: Die erneuerbaren Energien decken in der Stromerzeugung inzwischen über 12 Prozent ab.

Energiesparen und Effizienz

Die Potenziale der Stromeinsparung sind enorm, vor allem in den privaten Haushalten und der Industrie. Wir wollen, dass Deutschland die energieeffizienteste Volkswirtschaft der Welt wird. Bis 2050 soll der Stromverbrauch gegenüber 2000 halbiert werden. Als Etappenziel peilen wir für 2020 eine Einsparung von 16 Prozent gegenüber 2005 an.

So kann's gehen:

- Effizienzpaket für Strom, das den Stromverbrauch wirksam reduziert. Wie von der EU-Richtlinie Endenergieeffizienz gefordert, muss die Bundesregierung endlich ehrgeizige Ziele zur Energieeinsparung

für die Sektoren Primärenergie, Strom, Wärme/Kälte und Kraftstoffe festlegen. Konkrete Maßnahmen und eine regelmäßige Effizienzkontrolle eingeschlossen.

- Verbrauchskennzeichnung von Endgeräten optimieren. Die Kennzeichnung etwa für Kühlschränke oder Glühlampen (Energieklassen A-F) ist zwar übersichtlich und hat sich bewährt. Nötig ist jedoch eine viel schnellere Anpassung des Maßstabs an technische Innovationen und eine Ausweitung auf alle elektrischen Geräte
- Stromsparfonds von jährlich 1 Milliarde Euro. Der Fonds soll helfen, ineffiziente durch stromsparende Geräte zu ersetzen. Er soll zu einem großen Teil aus den Auktionsgewinnen des Emissionshandels gespeist werden.
- Wirksame europaweite Mindeststandards für Endgeräte. Insbesondere entbehrliche oder ineffiziente Stand-by-Schaltungen sind zu verbieten.
- Bessere Verbraucherinformation und -beratung. Ein eigener Energietest im Rahmen der Stiftung Warentest soll helfen, Transparenz zu schaffen und einen verantwortlicheren Umgang mit Energie und Ressourcen im Alltag zu erleichtern.

Erneuerbare Energien

Der Ausbau der erneuerbaren Energien im Strombereich ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Schon 2007 werden die Ausbauziele für 2010 erreicht. Die deutsche Wind- und Solarindustrie ist weltweit führend und hat im Exportgeschäft ein zunehmend wichtiges Standbein gewonnen. Zum entscheidenden Taktgeber für die Branche hat sich das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) entwickelt. Es hat in vielen Ländern Nachahmer gefunden. Das Ende der Möglichkeiten ist damit nicht erreicht. Wir streben an, dass bis 2020 etwa 43 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen erzeugt werden.

So kann's gehen:

- Optimierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. Das Ziel ist der weitere Ausbau aller erneuerbaren Energien in der Stromerzeugung.
- Ausbau des Stromnetzes. U. a. Anreize für die Erdverkabelung sollen den Prozess beschleunigen.
- Biogaseinspeisegesetz schaffen. Dezentral erzeugtes Biogas muss in die vorhandenen Gaspipelines eingespeist werden können.
- Energiepartnerschaften mit Mittelmeeranrainern. Der Import von Solarstrom aus Nordafrika kann dort neue Einnahmequellen eröffnen.
- Forschungs- und Bildungsoffensive für erneuerbare Energien sowie Energiesparttechnologien. Benötigt werden übergreifende Forschungsstrategien, mehr Forschungsmittel, neue Lehrstühle.

Warm, kalt, grün: das Programm zum Wärmen und Kühlen

Einsparung ist auch bei der Wärmenutzung ein wesentliches Stichwort. Vor allem der Energiebedarf zum Heizen von Gebäuden lässt sich durch bessere Dämmung deutlich herunterschrauben. Darüber hinaus müssen wir jedoch die Wärme auf andere Weise gewinnen. Denn zum einen ist das Standbein der Wärmeherzeugung noch immer die Verbrennung fossiler Rohstoffe. Zum anderen werden riesige Mengen Wärme erzeugt, die faktisch bei der Produktion verpuffen. Der größte Teil der bei der Stromerzeugung entstehenden Abwärme – etwa zwei Drittel der eingesetzten Primärenergie – geht ungenutzt verloren.

Gebäude: Einsparpotenziale nutzen

Die wichtigste Aufgabe besteht darin, die energetische Sanierung des Gebäudebestandes weit schneller voranzubringen als bisher. Bis 2020 soll ein Viertel der bislang noch unsanierten Wohnhäuser und die Hälfte anderweitiger Gebäude saniert sein. Hier ist eine neue, wesentlich anspruchsvollere Energieeinsparverordnung erforderlich. Die notwendige Finanzierung muss ein qualitativ verbessertes und evaluiertes KfW-Gebäudesanierungsprogramm ermöglichen.

Auch bei allen Neubauten müssen die CO₂-Emissionen deutlich reduziert werden.

So kann's gehen:

- Die Energieeinsparverordnung verbessern. Neu errichtete Wohnhäuser sollen danach einen Energieverbrauch von 60 kWh/qm (Niedrigenergiehaus 60) und bestehende Gebäude nach ihrer Sanierung ei-

nen Energieverbrauch von 100 kWh/qm einhalten. Die entsprechenden Werte für Nichtwohngebäude: 100 kWh/qm / 200 kWh/qm.

- Mittel aus KfW-Gebäudesanierungsprogrammen sollen an eine unabhängige qualitative Überprüfung der Sanierungsmaßnahmen gebunden sein.
- Der Energieausweis soll grundsätzlich ein einheitlicher Bedarfsausweis sein, der brauchbare Aussagekraft für die NutzerInnen besitzt. Er soll öffentlich in jedem Gebäude aushängen.
- Energiestandards im Mietrecht verankern. MieterInnen sollen ein durchsetzbares Recht auf die Einhaltung der genannten Energieverbrauchswerte in ihren Wohnungen bekommen.
- Verbesserte Vor-Ort-Beratung von GebäudeeigentümerInnen und -nutzerInnen in Bezug auf Einsparpotenziale.

Wärmeerzeugung: Vorrang für Kraft-Wärme-Kopplung

Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), also die parallele Gewinnung von Strom und Wärme in zumeist kleineren Kraftwerken, ist der Königsweg zur Einsparung von Primärenergie. Dazu müssen Kraftwerke dort gebaut werden, wo ihre Abwärme benötigt wird.

In einigen europäischen Ländern werden solche „Doppelkraftwerke“ bereits sehr erfolgreich eingesetzt. Während sie in Dänemark mit 50 Prozent zur Stromversorgung beitragen, sind es in Deutschland erst etwa 11 Prozent. Ihr Anteil an der Wärmeversorgung liegt bei etwa 9 Prozent. Das Potenzial ist jedoch deutlich höher: 30 Prozent an der gesamten Stromerzeugung und 14 Prozent im Wärmebereich bis 2020 sind realistisch. Aber nur, wenn kräftig in den Bau von Kraftwerken und Wärmenetzen investiert wird.

Solange noch fossile Energieträger eingesetzt werden müssen, spielen Gaskraftwerke als Übergangstechnologie eine besondere Rolle. Sie weisen höhere Wirkungsgrade und niedrigere CO₂-Emissionen auf als Kohlekraftwerke. Zudem können sie später auch mit Biogas betrieben werden. Sie sind also in mehrfacher Hinsicht eine Investition in die Zukunft.

So kann's gehen:

- Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz. Das Gesetz ist so zu verbessern, dass es zu Investitionen in den Ausbau von KWK-Anlagen anreizt. Auch für die Stromerzeugung aus Abwärme soll es einen Bonus geben.
- Ausbau der Fern- und Nahwärmenetze. Etablierung eines fairen und diskriminierungsfreien Netzzuganges, Anreize zum Netzausbau, Auflagen bei der Neuplanung von Wohngebieten.

Erneuerbare Energien: im Wärmesektor erst am Anfang

Die erneuerbaren Energien nehmen im Wärmesektor heute gerade einmal 5 Prozent ein. Dabei stehen mit Solarthermie, Geothermie und Biomasse Quellen zur Verfügung, die ein erhebliches Potenzial für Wärme und Kühlung versprechen. Besonders die Solarthermie bietet sich zur Kühlung an. Aber auch mit Ökostrom, Biogas oder Erdwärme lassen sich Aggregate effizient betreiben.

Bis 2020 können – bei entsprechenden Maßnahmen – 28 Prozent des Wärmebedarfs auf Basis erneuerbarer Energien gedeckt werden.

So kann's gehen:

- Ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz soll den Einsatz dieser Energieträger ebnen.
- Marktanzreizprogramm. Nötig ist ein umfassendes Innovationsprogramm, das neue Technologien aus den Bereichen Strom, Wärme und Verkehr zur Marktreife führt.
- Biomasse besonders fördern. Für die Nutzung hocheffizienter Biomasse-KWK-Technologien und biogener Rest- und Abfallstoffe sollen höhere Anreize geschaffen werden.

Grün mobil: das Verkehrsprogramm

Die Verkehrspolitik in Deutschland ist immer noch ganz aufs Auto fixiert. 2006 waren rund 46 Millionen Pkws in der Bundesrepublik zugelassen. Der motorisierte Individualverkehr, also Pkws und Motorräder, nahm 2005 einen Anteil von 80 Prozent an der Verkehrsleistung ein.

So ist es auch kein Wunder, dass der Verkehr als einziger Sektor steigende CO₂-Emissionen produzierte. Gegenüber 1990 kletterten sie bis 2005 um rund 6 Prozent. Hier schlägt unter anderem die massive Motorisierungswelle in Ostdeutschland nach 1990 zu Buche. Europaweit lag der Anstieg sogar bei fast 25 Prozent. Tatsache ist, dass hier die Entwicklung immer noch in die falsche Richtung geht.

Energie sparen – effizient fahren

Das größte Potenzial zur Energieeinsparung liegt in einem effizienteren Verkehr. Hier geht es um den spezifischen Verbrauch der Verkehrsmittel ebenso wie um ihre effiziente Auslastung und natürlich auch um ihren energiesparenden Betrieb.

Kein anderer Sektor ist so abhängig vom Öl wie der Verkehr. Rund 95 Prozent seines Energieverbrauchs basieren auf Erdöl, 70 Prozent des gesamten Ölverbrauchs schluckt allein der Verkehr. Weltweit nimmt die Motorisierung rasant zu – und mit ihr der Durst nach Öl. Wenn wir langfristig mobil bleiben wollen, müssen wir einen anderen Weg einschlagen.

Deutschland hat insbesondere im Automobilbau die Chance, aber auch die Pflicht, wesentlich sparsamere Fahrzeuge zu entwickeln. Es reicht dazu auf mittlere Sicht nicht aus, nur die vorhandenen Potenziale des Verbrennungsmotors auszuschöpfen. Mit der Hybridtechnik deutet sich die Revolution in der Antriebstechnik schon an: Elektromotoren werden den vergleichsweise ineffizienten Verbrennungsmotor ablösen. Voraussetzung sind bessere Batterien zur Speicherung von Strom.

Erneuerbare Energien spielen als Antriebsquelle für Autos noch eine untergeordnete Rolle. Das gilt für Biokraftstoffe ebenso wie für Ökostrom. Langfristig wird der Ökostrom die Biokraftstoffe als bedeutendste regenerative Energiequelle im Kraftstoffsektor überholen.

Bis 2020 wollen wir rund 50 - 60 Millionen Tonnen der CO₂-Emissionen „aus dem Verkehr ziehen“. Das entspräche einem Rückgang von rund 30 Prozent. Ein Ergebnis, das trotz der erwarteten Zuwächse insbesondere im Güter- und Luftverkehr zu erreichen ist, wenn energische Maßnahmen durchgeführt werden. Dazu soll der Energieverbrauch im gesamten Verkehr um 17 Prozent sinken, der Anteil der erneuerbaren Energien muss von 3 auf 20 Prozent steigen.

So kann's gehen:

- Verbindliche Grenzwerte für neue Pkws in Europa. 120 g CO₂/km ab 2012 (entsprechend einem Verbrauch von 4,5 l Diesel oder 5,0 l Benzin/100 km). Bis 2020 muss der CO₂-Wert auf 80 g CO₂/km sinken. CO₂-Kennzeichnung von Neufahrzeugen.
- CO₂-bezogene KFZ-Steuer. Spritsparende Fahrzeuge belohnen und Spritschlucker stärker zur Kasse bitten als heute. Steuerliche Förderung von Dienstwagen von CO₂-Werten abhängig machen.
- Steuerprivilegien umweltschädlicher Verkehrsträger abschaffen. Europaweite Einführung einer Kerosinsteuer, die Abschaffung der Mehrwertsteuerbefreiung für Auslandsflüge, die Einbeziehung des Luftverkehrs in den CO₂-Emissionshandel.
- Tempolimit. 120 km/h auf Autobahnen (100 km/h für Kleinlaster). Die Höchstgeschwindigkeit auf zweispurigen Landstraßen soll auf 80 km/h und innerorts auf 30 km/h – mit Ausnahmen – sinken.
- Investitionen ins Schienennetz und in den Stadtumbau. Ziel ist die Verbesserung des öffentlichen Verkehrs und des Fußgänger- und Radverkehrs.
- Wettbewerbsfähigkeit von erneuerbaren Kraftstoffen verbessern. Die Steuerbegünstigung von reinen Biokraftstoffen gegenüber fossilen Kraftstoffen muss wieder eingeführt werden. Marktanreizprogramm für alternative Antriebe. Ziel: 1 Million Elektrofahrzeuge bis 2020.

Dem Markt auf die Sprünge helfen

In den letzten Jahren haben marktwirtschaftliche Instrumente in der Energie- und Klimapolitik eine wachsende Bedeutung erlangt. Gezielte Rahmensetzungen sorgen dafür, dass die Funktionsmechanismen des Marktes zu Gunsten des Umwelt- und Klimaschutzes genutzt werden. Ökologisch ambitionierte Lösungen werden auch wirtschaftlich interessant. Klimaschutz avanciert zur ökonomischen Chance.

Ökologische Finanzreform: manches erreicht

Erste ökologische Marktinstrumente wurden unter grüner Regierungsbeteiligung erfolgreich eingeführt. Kraftstoffverbrauch und CO₂-Emissionen im Verkehr sind durch die Ökosteuer spürbar gesunken – seit

1999 um insgesamt mehr als 10 Prozent. Mit den Ökosteuerereinnahmen konnten überdies die Beiträge zur Rentenversicherung gesenkt werden.

Auch beim Abbau umweltschädlicher Subventionen konnten wir einiges erreichen. Die Eigenheimzulage und die Entfernungspauschale wurden reduziert und ökologisch gerechter gestaltet. Bei den Steinkohlesubventionen wurde ein schnellerer Abbau vereinbart.

Das Prinzip, über Steuern Anreize zum Ressourcen- und Energiesparen zu geben, hat sich bewährt. Wir wollen es ausweiten und so für ökologisch gerechte Preise sorgen.

Noch viel zu tun

So müssen die Vergünstigungen bei der Ökosteuer für das produzierende Gewerbe und die Land- und Forstwirtschaft abgeschafft werden. Auch der nicht-energetische Gebrauch von Mineralöl soll erfasst werden. Mit einer Kerosinsteuer muss endlich der Flugverkehr einbezogen werden. Eine Mehrwertsteuerpflicht für grenzüberschreitende Flüge ist überdies fällig.

Neben der weiteren planmäßigen Anhebung der Ökosteuersätze gilt es, ökologisch schädliche Begünstigungen im Einkommensteuerrecht einzuschränken, z. B. bei Dienstwagen und Fahrten von und zur Arbeit.

Schließlich wollen wir die Steinkohlesubventionen zu einem schnellen Ende bringen und auch alle versteckten Privilegien für die Braunkohle beseitigen.

Umweltfreundliche Produkte, beispielsweise Strom aus erneuerbaren Energien, sollen dagegen steuerlich besser gestellt werden.

Das erzielte zusätzliche Steueraufkommen wollen wir in Form jährlicher Energiegutschriften an die BürgerInnen zurückgeben. EnergiesparerInnen, Familien und Menschen mit kleinen Einkommen werden davon profitieren.

Emissionshandel

2005 wurde in Europa der Emissionshandel eingeführt, klimaschädliche CO₂-Emissionen sind seitdem nicht mehr kostenlos möglich. Der Handel mit Emissionszertifikaten eröffnet die Chance, ambitionierte Klimaschutzziele mit effizientem Mitteleinsatz zu erreichen. Zugleich sorgt er dafür, den Klimaschutz in den Unternehmen auf eine neue, breitere Grundlage zu stellen.

Ein Anfang ist also gemacht. Doch die Emissionsziele waren bisher zu großzügig und blieben sogar hinter den freiwilligen Zusagen der Wirtschaft zurück. Auf Druck der Industrie wurde außerdem eine Fülle von Sonderregelungen geschaffen, die die Wirksamkeit des Systems aushöhlen.

Jetzt kommt es darauf an, den Emissionshandel ökologisch anspruchsvoll, marktwirtschaftlich effizient und administrativ einfach auszugestalten.

Von der derzeitigen Bundesregierung ist leider nicht viel zu erwarten. Ihr Umgang mit dem Emissionshandel ist kein wirksamer Beitrag für mehr Klimaschutz. Eher eine Einladung zum Bau neuer Kohlekraftwerke. Klimapolitisch ist das widersinnig, denn ausgerechnet der klimaschädlichste Energieträger bekommt damit ein Sonderprivileg.

Dem Druck der EU-Kommission ist es zu verdanken, dass nun dennoch zentrale grüne Forderungen erfüllt werden: Die Gesamtmenge der zulässigen CO₂-Emissionen wird deutlich gesenkt. Dass künftig 10 Prozent der Emissionsrechte auf dem Markt versteigert werden, ist auch ein grüner Erfolg.

Mehr als sicher: grüne Energieaußenpolitik

Grüne Energieaußenpolitik ist mehr als Energiesicherheitspolitik. Unsere umfassende Strategie ergänzt systematisch alle außenpolitischen Handlungsfelder um Energiefragen. Damit engagieren wir uns für weltweiten Zugang zu nachhaltiger, umwelt- und sozialverträglicher Energie.

Wir setzen auf multilaterale Lösungen. Schlüssel für eine globale Energiewende ist eine völkerrechtliche Klimaschutzvereinbarung „Kyoto Plus“. Die Vereinbarung – so unser Vorschlag – verbindet überprüfbare Verpflichtungen zur Emissionsminderung mit technologischer Kooperation. Ein Erfolg ist nur möglich, wenn sich alle Industrieländer einschließlich der USA auf ambitionierte Ziele verpflichten. Nur dann werden sich auch Schwellenländer wie Indien und China auf ernsthafte Verhandlungen einlassen.

Zentraler Bestandteil grüner Energieaußenpolitik sind die Millenniumsziele. Innovative Energiepolitik und die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung hängen direkt zusammen.

Unser Ansatz ist es, erneuerbare Energien weltweit zugänglich zu machen. Das hat auch eine friedens- und menschenrechtspolitische Dimension. Denn kriegesischen Konflikten um fossile Energieträger entzieht diese Politik nach und nach die Grundlage. Wer nicht abhängig ist von Importöl oder Importgas, der hat einen Grund weniger, Menschenrechtsverletzungen und Demokratiedefizite in Lieferländern zu verharmlosen. Energiepolitik ist Friedenspolitik.

Noch viel zu tun

Wirksame globale Energiepolitik braucht durchsetzungskräftige institutionelle Strukturen, an denen es bislang fehlt. Als ersten Schritt müssen sich die Industriestaaten mit „Kyoto Plus“ zu einer Reduktion der Treibhausgasemissionen um 30 Prozent bis 2020 verpflichten und den weltweiten Emissionshandel einführen, auch für Schiffe und Flugzeuge. Die Europäische Union muss ihre Vorbehalte aufgeben und dabei ohne Wenn und Aber eine zugkräftige globale Vorreiterrolle übernehmen.

Konkret heißt dies, dass die Europäische Union ihre Energieaußenpolitik nicht länger auf kurzfristige, kurzsichtige Sicherung fossiler Energiequellen reduzieren darf. Europäische Energiepolitik muss eingebettet werden in eine umfassende multilaterale Politik, die die Umstellung auf erneuerbare Energien beschleunigt, Energiegerechtigkeit fördert und Entwicklungspolitik in den Mittelpunkt stellt.

In der deutschen, europäischen und internationalen Entwicklungspolitik müssen erneuerbare Energien, Energieeffizienz und Energiesparen zum Schlüssel für zuverlässige, erschwingliche sowie sozial- und umweltverträgliche Energielösungen werden. Die globale Energiewende setzt Technologietransfer voraus. Ohne hochmoderne und gleichzeitig bezahlbare Technologie werden auch neue Akteure wie Brasilien, China, Indien, Mexiko, Südafrika und Südkorea ihr Energieproblem nicht lösen können.

Die Anpassung an die Folgen des Klimawandels und einer verfehlten internationalen Energiepolitik, die die Entwicklungsländer am härtesten treffen, muss solidarisch finanziert werden. Dabei muss eine verantwortungsvolle Energie- und Rohstoffpolitik kohärent einhergehen mit der Förderung von Rechtsstaatlichkeit, Transparenz, guter Regierungsführung und Menschenrechten in Exportländern.

Noch Fragen?

Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion

Hans-Josef Fell, Sprecher für Energiepolitik

Arbeitskreis 2: Umwelt, Verbraucher und Verkehr

Platz der Republik 1, 11011 Berlin, T. 030/227 56789, F. 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de

Zum Weiterlesen:

- Energie 2.0. Die grünen Maßnahmen bis 2020 (Reader 16/75)
- Los bei Grün. Verkehrspolitik für morgen (Broschüre 16/67)
- Gas geben beim Tempolimit (Faltblatt 16/52)
- Klimaschutz jetzt (Faltblatt 16/29)
- Atomkraft? Nein danke! (Faltblatt 16/06)

Bundestagsdrucksachen:

- 16/5967 Klimaschutzmaßnahmen im Luftverkehr ergreifen
- 16/5895 Maßnahmenpaket für Klimaschutz
- 16/4787 Energieeinsparverordnung zügig verabschieden
- 16/4760 Stromeinsparung voranbringen
- 16/4429 Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr
- 16/3960 Terroranfällige Atomreaktoren abschalten
- 16/3826 Für ein Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz
- 16/582 Biogaseinspeisungs-Strategie entwickeln

sowie zahlreiche mehr.